



Beschlossene Anträge

für das 1. Wiener AHS SchülerInnenparlament

Titel: Lernen fürs Leben

Nr. 1

Antragstellerin: Enna Zagorac ANGENOMMEN

Schule: Rainergymnasium ABGELEHNT

Beschreibung:

Wie führe ich ein Konto gut und richtig? Was sind meine Stärken und Schwächen? Wie kann ich sie am Arbeitsmarkt einsetzen?

AHS-Schüler/innen wissen heutzutage oftmals nicht einmal wie man ein Bankkonto erstellt und es profitabel führt. Auch die Wandlungen am Arbeitsmarkt oder die Kosten für ein Jahr auf eigenen Beinen sind Schüler/innen der AHS nicht wirklich bekannt.

Schule sollte nicht nur die Basis unserer intellektuellen Aus- und Weiterbildung sein, sondern uns auch auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Sie sollte uns Hilfestellungen bieten und erklären wie wir später alltägliche, für uns jedoch neue Situationen meistern. Deswegen fordern wir „Lernen fürs Leben“ als unverbindliche Übung in der AHS-Oberstufe, um Schüler/innen einen praxisbezogenen Unterricht anzubieten, der uns auf die Arbeitswelt und den Alltag nach der Schule vorbereitet.

Forderungen:

- Mehr lebensbezogener Themen auch für die AHS
- „Lernen fürs Leben“ als unverbindliche Übung in der Oberstufe, mit dem Schwerpunkt auf Lerninhalte wie das Bankensystem, die Arbeitswelt, Bewerbungstraining und Konsumentenschutz.

Titel: Feedback für Unterrichtspraktikant/innen

Nr. 2

Antragstellerin: Clara Bauer ANGENOMMEN

Schule: AHS Franz-Asenbauer-Gasse ABGELEHNT

Beschreibung:

Im Rahmen der Lehrer/innenausbildung geht jede/r angehende Lehrer/in ein Jahr lang in eine Schule und unterrichtet dort als Unterrichtspraktikant/in. Das Ziel dieses Probejahres ist, dass jede/r Junglehrer/in von einem/r erfahrenen Betreuungslehrer/in in ihrem/seinem ersten Unterrichtsjahr begleitet wird, und um zu sehen, ob er/sie auch wirklich für den Lehrberuf geeignet ist. Außerdem soll der/die Unterrichtspraktikant/in möglichst viel dabei lernen und sich weiterentwickeln.

Am Ende dieses Jahres erhält jede/r Unterrichtspraktikant/in einen Bewertungsbogen, eine Art Zeugnis von dem/r Direktor/in und dem/der jeweiligen Betreuungslehrer/in, in dem genau formuliert steht, wie sich der/die Unterrichtspraktikant/in als Lehrer/in gemacht hat, wo seine/ihre Stärken und wo seine/ihre Schwächen liegen.

Doch leider ist es nicht vorgesehen, dass der/die Unterrichtspraktikant/in auch Feedback von seinen/ihren Schüler/innen bekommt, obwohl deren Meinung und Verbesserungsvorschläge den Unterricht betreffend eigentlich am wichtigsten für den/die jeweilige/n Lehrer/in und besonders den/die Unterrichtspraktikanten/in sind.

Deswegen fordern wir, dass jede/r Unterrichtspraktikant/in ein anonymes Feedback ihrer/seiner unterrichteten Klassen am Ende des Jahres bekommt.

Geben wir den Unterrichtspraktikant/innen die Chance sich weiterzuentwickeln und erhöhen wir somit die Qualität unserer Lehrer/innen!

Forderungen:

- Jede/r Unterrichtspraktikant/in bzw. jede/r Lehrer/in soll am Ende des Jahres Feedback von den Schüler/innen ihrer/seiner unterrichteten Klassen bekommen.
- Dieses Feedback sollen die Schüler/innen in Form eines standardisierten und anonymen Fragebogens ausfüllen.

Titel: Tutorensystem für jede Schülerin und jeden Schüler

Nr. 3

Antragsteller:	Konstantin Viehweider	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	BG Franklinstraße 26	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Zur Zeit wird Nachhilfe immer teurer. Preise von bis zu 40€ pro Stunde sind keine Seltenheit mehr. Dazu kommen manchmal noch lange Wege zu den jeweiligen Nachhilfelehrer/innen.

Es gibt aber auch eine kostengünstigere und effektivere Nachhilfe: das Tutorensystem. Schüler/innen, die jüngeren Schüler/innen Nachhilfe anbieten wollen, müssen sich bei ihrem/seinen jeweiligen Lehrperson autorisieren lassen und können sich dann an die Schüler/innenvertretung wenden. Die Schüler/innenvertretung übernimmt die Vermittlung, d.h. Schüler/innen die Nachhilfe brauchen, können sich bei dieser melden und bekommen Tutoren zugeteilt. Besonders wichtig ist ein einheitliches Honorar, welches zwischen 5€ bis 10€ liegen sollte. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber einer professionellen Nachhilfe ist nicht nur der Preis, sondern auch die Tatsache, dass der/die Tutor/in, sowie der/die Schüler/in, dieselbe Lehrperson im Unterricht haben.

Oft reicht es, bei eine/m Tutor/in den Stoff nachzulernen oder zu wiederholen. Deswegen sollte es an jeder Schule die Möglichkeit geben bei eine/m Tutor/in zu lernen und diese sollte das Projekt mit Räumlichkeiten, wo die Schüler/innen am Nachmittag ungestört lernen können, unterstützen.

Forderungen:

- Jede Schule muss ein Tutorensystem anbieten
- Die Schule muss die Tutoren mit Räumlichkeiten unterstützen
- Finanzierung des Tutorensystems für finanziell schwächere Schüler/innen durch den Stadtschulrat

Titel: Berufspraktische Tage

Nr. 4

Antragstellerin: Daryl Chou

ANGENOMMEN

Schule: AHS Kenyongasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

„Was arbeite ich in der Zukunft?“, „Wie verfasse ich meinen Lebenslauf?“ oder „Wie verhalte ich mich bei einem Bewerbungsgespräch?“ - Diese Fragen beschäftigen Schüler/innen im Laufe ihrer Schulkarriere. Viele Schüler/innen im AHS-Bereich bekommen aber oft keinen Einblick in die Arbeitswelt, mit der sie eines Tages konfrontiert werden. Um dies zu vermeiden, sollen berufspraktische Tage in der 11. Schulstufe für jeden Bereich des Gymnasiums, mindestens 5 Tage an den Schulen durchgeführt werden. Damit die Schüler/innen diese vorbereitet starten und gut beenden können, sind verpflichtende Vor-, und Nachbesprechungen mit ausgewählten Betreuungslehrer/innen notwendig.

Damit auch AHS-Schüler/innen optimal aufs Berufsleben vorbereitet sind!

Forderungen:

- Mindestens fünf berufspraktische Tage für AHS-Schüler/innen der 11. Schulstufe und eine erweiternde Berufsorientierung
- Ein Schulprojekt in der 11. Schulstufe zur Orientierung nach der Schule (für Uni/FH)
- Betreuungslehrer/innen sollen Schüler/innen bei der Arbeit mit Vor-, und Nachbesprechungen unterstützen.

Titel: Druckkosten von Fachbereichsarbeiten

Nr. 5

Antragsteller:	Markus Kränkl	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	AHS Wenzgasse	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Viele Schüler/innen schreiben eine Fachbereichsarbeit. Um die vielen Exemplare ausdrucken zu können, müssen aber viele einen großen Druckkostenbetrag aufbringen. Man braucht jeweils ein Exemplar für sich selbst, für den/die Lehrer/in, für den Vorsitzende/n und für die Bibliothek. Die Fachbereichsarbeiten sollen schön gebunden sein. Dafür müssen die Schüler/innen ihre FBAs oft in einer Druckerei drucken und binden lassen, was wiederum noch mehr Kosten verursacht. Die Kosten für den Druck sollten kein Kriterium sein, ob man eine Fachbereichsarbeit schreibt oder nicht. Deswegen sollten die Druckkosten von Fachbereichsarbeiten von der Schule übernommen werden, oder die Möglichkeit geboten werden in der Schule die vielen Exemplare auszu-drucken.

Forderungen:

- Die Schule soll die Druckkosten von Fachbereichsarbeiten entweder übernehmen oder die Möglichkeit bieten, die Fachbereichsarbeit in der Schule zu drucken.

Titel: Herabsetzung der Teilungsgröße auf 20 Schüler/innen

Nr. 6

Antragsteller: Fabian Sommer

ANGENOMMEN

Schule: Akademisches Gymnasium Wien

ABGELEHNT

Beschreibung:

Wie allen bekannt ist, fördern kleinere Unterrichtsgruppen das Lernen. Deswegen beantragen wir, dass die Teilungsgröße auf 20 Schüler/innen herabgesetzt wird. Dies ermöglicht eine bessere Lernatmosphäre für alle Schüler/innen und Lehrer/innen.

Zusätzlich dazu gibt es an vielen Gymnasien das Problem, dass wenn Klassen, die in der Unterstufe getrennt waren, später wieder zusammengelegt werden, unterschiedliche Unterrichtsniveaus erforderlich sind. Dieses Problem würde auch durch die Senkung der Teilungszahlen bekämpft werden.

Forderungen:

- Die Möglichkeit eine Klasse in Schwerpunktfächern und Fremdsprachen zu teilen, soll ab 20 Schüler/innen gegeben sein.

Titel: Religionsfreiheit

Nr. 7

Antragstellerin:	Sonja Luksik	<input checked="" type="radio"/> ANGENOMMEN
Schule:	AHS Haizingergasse	<input type="radio"/> ABGELEHNT

Beschreibung:

„Kreuze in Schulkassen sind menschenrechtswidrig. Sie sind religiöse Symbole und die dürfen Menschen nicht aufgezwungen werden.“

Dieses Urteil fällt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Warum hängt dann in Österreich noch immer in jedem Klassenraum einer öffentlichen Schule ein Kreuz?

Kreuze haben in öffentlichen Gebäuden nichts verloren, speziell in Schulen ist das Anbringen eines Kreuzes problematisch. Zwar ist es gesetzlich vorgeschrieben, bei einer Mehrheit an Christen ein Kreuz aufzuhängen, aber sind Kinder tatsächlich einer Religion zugehörig?

Wir werden erst mit 14 Jahren religionsmündig, davor wird das Religionsbekenntnis von unseren Eltern festgelegt.

Mit dem Kreuz wird das Recht der Kinder, zu glauben oder nicht zu glauben, verletzt.

Aber: Das Recht, ohne Religion zu sein, gehört zur Religionsfreiheit und besonders im Bereich von Bildung und Erziehung hat der Staat die Aufgabe, dieses Recht zu schützen!

Glauben und Wissensvermittlung sind nicht vereinbar! Bildung lebt von Skepsis und kritischer Neugier.

Forderungen:

- Die Klassen dürfen selbst bestimmen, ob sie ein religiöses Symbol in ihrer Klasse haben wollen oder nicht.
- Die Entscheidung soll autonom in den Klassen getroffen werden.

Titel: Aufwertung des differenzierten Bildungssystems

Nr. 8

Antragsteller:	Elias Seifert	<input checked="" type="radio"/> ANGENOMMEN
Schule:	GRG17 Geblergasse	<input type="radio"/> ABGELEHNT

Beschreibung:

Chancengleichheit bedeutet, dass alle Menschen egal welcher sozialen Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Nationalität die gleichen Möglichkeiten auf Bildung haben. In Österreich ist das theoretisch auch so. Es gibt kein Gesetz, das Kindern mit ärmeren Eltern verbietet, eine teure Privatschule zu besuchen. Es gibt kein Gesetz, das Mädchen aus höheren technischen Lehranstalten fernhält. Und es ist auch nicht gesetzlich verboten, dass MigrantInnen maturieren.

Trotzdem haben Kinder von Eltern, die studiert haben, achtmal bessere Chancen, selbst in eine AHS zu gehen, als Kindern von Eltern mit Pflichtschulabschluss – nämlich 79 zu 10 Prozent. Trotzdem haben Schulen mit hauswirtschaftlichem Schwerpunkt einen Mädchenanteil von 89 Prozent, während in höheren technischen Lehranstalten 93 Prozent Burschen die Mehrheit bilden. Trotzdem besuchen ein Vierte (!) der österreichischen MigrantInnenkinder eine Sonderschule, während lediglich 4,1 Prozent in AHSen zu finden sind. Eine solche offensichtliche gesellschaftliche Ungerechtigkeit, die durch das äußerst wirksame differenzierte Bildungssystem in Österreich hervorgerufen wird, muss zukünftig verhindert werden. In einer gemeinsamen Schule der 6 – 14 jährigen sind nicht mehr die soziale Situation der Eltern, Geschlecht oder Herkunft die entscheidenden Faktoren für die Zukunft österreichischer Kinder und Jugendlicher. Auch die frühe Selektion nach dem 4. Volksschuljahr, die eine bewusste Entscheidung für einen passenden Schultyp wesentlich erschwert, könnte durch diese Neuregelung umgangen werden. Nach dem 14 Lebensjahr stehen Interessen und Stärken meist um vieles fester als im zarten Alter von 10.

Das Ziel einer gemeinsamen Schule muss es darüber hinaus sein, allen Schülern und Schülerinnen gemäß ihrer sehr unterschiedlichen Talente und Schwachstellen zu fördern und jedem und jeder einzelnen die bestmögliche Bildung zu garantieren.

Nicht Notenschubladisierung und Sitzenbleiben können dafür das Rezept sein, sondern individuelle Förderung und ermöglichte Freude am Lernen.

Höhere Bildungsqualität und die Abschaffung sozialer Ausschlussmechanismen können nur das Resultat einer längst fälligen Bildungsreform sein, die die Einführung einer sozial gerechten, gemeinsamen Schule befreit von Leistungszwang und Notendruck zur Folge hat.

Forderungen:

- Aufwertung der Hauptschulen
- Für Förderkurse und individuelle Betreuung je nach Begabung oder Bedürfnissen in Arbeitsgruppen

Titel: Aufklärungsunterricht an Schulen

Nr. 9

Antragsteller: Markus Berger ANGENOMMEN

Schule: BRG23 Anton Baumgartnerstraße ABGELEHNT

Beschreibung:

Sexuelle Aufklärung zählt zu den verantwortungsvollsten Aufgaben eines fortschrittlichen und egalitären Schulsystems. Da nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen diesbezüglich Zugang und Information durch die Familie garantiert ist, liegt es an der Schule, umfassende und gleiche Aufklärung zu leisten und Jugendlichen einen angstfreien, bewussten und verantwortungsvollen Zugang zur Sexualität zu vermitteln.

Im Biologieunterricht findet dieser Grundsatz derzeit wenig Beachtung. Nicht ein für alle Schulen gültiges, durchdachtes und sinnvolles Konzept steht hinter dem jetzigen Aufklärungsunterricht, viel eher der Zufall scheint darüber zu entscheiden, wie intensiv und in welcher Art und Weise sich die jeweilige Lehrkraft dem Thema widmet.

Bei den meisten österreichischen Schülern und Schülerinnen bleiben auch nach einer durchlaufenen Gymnasialzeit und den im Biologieunterricht mehrmals eher oberflächlich gestreiften Aufklärungseinheiten noch viele Fragen offen. Vor allem Aspekte, die nicht ausschließlich die Anatomie betreffen, aber auch einen wesentlichen Bestandteil der Sexualität darstellen, etwa Ängste, Sorgen und Unsicherheiten wie auf dem Gebiet der Verhütung, werden im Unterricht nicht oder nur am Rande thematisiert.

Dabei ließen sich gerade unangenehme Verhütungsspannen, Ängste und Unselbstbewusstsein durch eine offenerere und positivere Herangehensweise leicht verhindern. Zu einer solchen wünschenswerten Einstellung in Hinsicht auf Sexualität zählt auch die Bereitstellung von Verhütungsmitteln an den Schulen selbst, die die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Verhütungsmitteln symbolisieren und Kondome zu einer alltäglichen, für alle einfach zugänglichen und weitgehend unpeinlichen Angelegenheit werden lassen sollen. In skandinavischen Ländern sind verschiedenste Verhütungsmittel schon seit langem kostenlos erhältlich, was die Jugendschwangerschaftsrate auf einen europäischen Tiefststand gesenkt hat. Wir fordern auch für Österreich einen so vernünftigen und fortschrittlichen Zugang zu sexueller Aufklärung und daher die Einführung freier Kondomentnahmestellen an österreichischen Schulen.

Forderungen:

- Stärkere Einbindung von Aufklärung in den Biologie Unterricht mit externen Aufklärungsmaßnahmen (geschlechtergetrennt)

Titel: Individualisierung in der Oberstufe

Nr. 10

Antragsteller:	Niklas Schraml	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	Sacré Coeur Wien	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Die Tatsache, dass die Wahlmöglichkeiten der SchülerInnen bezüglich ihrer Unterrichtsgegenstände (entsprechend ihrer persönlichen Interessen) auf ein absolutes Minimum beschränkt ist, kann nicht länger geduldet werden. Sie liegt zudem einem Schulsystem zu Grunde, das den Glauben in eigenständige SchülerInnen, die sich ihrer Stärken, Schwächen und Interessen bewusst sind und sich dementsprechend ihren Stundenplan zusammenstellen, verloren hat. Ziel sollte es doch sein, uns SchülerInnen einen möglichst guten Zugang zu unseren persönlichen Interessen zu verschaffen und uns bei Ausübung dieser zu unterstützen, indem es uns ermöglicht wird, uns unseren Stundenplan selbstständig entsprechend unserer Interessen zusammenzustellen, indem wir Fächer, für die wir uns nicht sonderlich interessieren, abwählen, während wir unsere Lieblingsfächer intensivieren.

Bezüglich der Studienwahl sind wir SchülerInnen vollkommen uns selbst überlassen, werden von Seiten der Schule diesbezüglich kaum informiert oder unterstützt. Deshalb sollte es an den Schulen eine zuständige Fachkraft geben, die für die Oberstufe zur Verfügung steht, indem sie uns sagt, welche Möglichkeiten wir haben, welchen Vorgaben wir nachkommen müssen, also welche Noten für die Aufnahme an der jeweiligen Universität benötigt werden und natürlich, wie wir uns anmelden können und was diese Anmeldung alles inkludiert.

Forderungen:

- Selbstständiges Zusammenstellen des Stundenplans von OberstufenschülerInnen abgesehen von den einzig verbleibenden Pflichtgegenständen Deutsch, Englisch, Mathematik und Turnen.
- Erstellung von Modulen im Mathematik- bzw. Deutsch- und Englischunterricht, in denen die SchülerInnen eines Jahrgangs entsprechend ihrer Gruppe unterrichtet werden.
- Bildungsberatung in Form einer auf diesem Gebiet ausgebildeten Fachkraft an allen Wiener Gymnasien.
- Die LSV beruft eine Arbeitsgruppe zum Thema ein, um ein System auszuformulieren.

Titel: Lehrer/innen-Kontrolle

Nr. 11

Antragsteller:	Corbinian Wiesauer	<input checked="" type="radio"/> ANGENOMMEN
Schule:	AHS Gerasdorfer Straße	<input type="radio"/> ABGELEHNT

Beschreibung:

Zurzeit werden nur wir Schüler/innen kontrolliert und zwar durch Schularbeiten, Tests, Wiederholungen etc. Es kommt jedoch auch vor, dass Lehrer/innen im Unterricht fachlich nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand sind. Lehrer/innen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch durch den/die Landeschulinspektor/in kontrolliert. Diese Kontrollen werden jedoch angekündigt und die Lehrer/innen können sich gezielt auf diese Stunde vorbereiten, wobei wieder nicht der normale Unterricht „kontrolliert“ wird. Außerdem beharren manche Lehrer/innen auf deren alten Lehrmethoden und versperren sich gänzlich den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Pädagogik oder der Didaktik. Deshalb soll das Angebot für Lehrer/innenfortbildung erweitert werden. Beim derzeitigen Platz sind nämlich die meisten Plätze nach kurzer Zeit vergriffen und es gibt alles in allem einfach zu wenige Fortbildungen.

Forderungen:

- Unangekündigte Lehrer/innen-Kontrollen durch den/die Landeschulinspektor/in
- Verpflichtende Lehrer/innen-Fortbildung und den Ausbau des Angebots

Titel: Sexismus & Rassismus – Bewusstseinsbildung an Schulen **Nr. 12**

Antragstellerin:	Bernadette Huber	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	AHS Wasagasse	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Sowohl Rassismus als auch Sexismus wird, so wie in vielen Lebensbereichen, auch in der Schule weitgehend negiert oder ‚übersehen‘. Es findet eine Desensibilisierung der SchülerInnen und LehrerInnen in diesem Bereich statt, wodurch rassistische oder sexistische Äußerungen nicht als solche wahrgenommen werden und auch selten eingeschritten wird. So wird den Kindern und Jugendlichen bereits im Schulalter angelernt, dass Äußerungen oder Übergriffe dieser Art in der Gesellschaft weitgehend toleriert werden, was auf keinen Fall akzeptabel ist, da solche Aktionen die Menschenwürde verletzen.

Ziel jeder menschengerechten Bildungspolitik muss ein Bildungssystem sein, welches die Bildung selbstständiger, mündiger, verantwortungsvoller, aufgeklärter und kritischer Menschen gewährleistet, die sich an der Würde des Menschen und nicht an Rassismus und Sexismus orientieren, denn nur so kann der Fortschritt in der Gesellschaft vorangetrieben werden.

Rassismus und Sexismus sind in der Gegenwart leider sehr wohl noch ein Thema, womit man jeden Tag konfrontiert wird. Nur wenn man von Kindesalter an in der Erziehung Wert legt auf die Vorbeugung dieser gesellschaftlichen Phänomene, können wir sie wirklich nachhaltig bekämpfen.

Außerdem ist es wichtig, die SchülerInnen zu befragen und etwa in einer jährlichen, geschlechter-spezifischen Ausarbeitung mit SchulpsychologInnen über die sexistischen und rassistischen Vorfälle des vergangenen Jahres zu reden und Tipps bereitzustellen, wie solche vermieden werden können.

Forderungen:

- Mehr Psycholog/innen an Schulen
- Sensibilisierung der Lehrer/innen und Schüler/innen gegenüber sexistischen und rassistischen Äußerungen: Etwa durch Workshops zur Vorbeugung von Sexismus und Rassismus